

SPEZIALDEBATTEN

ÖVP

Gemeinderätin Sissi POTZINGER

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!

Frisch, saftig, steirisch, so wie die Apferln in den Sackerln, so gehen wir es wieder an nach der Mittagspause. Ich hoffe, ich störe nicht zu sehr, die Müdigkeit. Es geht um ein Herz-, Magen- und Seelenthema, das mich wirklich intensiv beschäftigt und ich freue mich sehr, dazu heute was sagen zu dürfen, es geht im weitesten Sinne um das Thema Familie, Generationen, soziale Sicherheit und natürlich unser Motto „Ins Gelingen investieren, statt das Scheitern zu verwalten“. Hohes Auditorium, der vorliegende Entwurf für das Budget 2006 der steirischen Landeshauptstadt ist die in Zahlen gegossene Absichtserklärung, den Stadthaushalt zu konsolidieren und in die Zukunftssicherung zu investieren. Im Auftrag der Volkspartei werde ich Wünsche und Wirklichkeit im Bereich soziale Sicherheit und Generationenbalance beleuchten.

Ich freue mich, dass ich als zweite Gemeinderätin meiner Fraktion hier heraußen stehen darf, ehrlich gesagt, am Vormittag habe ich mich ein bisschen gewundert, warum von einer stets in Opposition befindlichen Fraktion kein einziger Gemeinderat, keine Gemeinderätin hinausgehen wollte, durfte oder konnte und stattdessen die Stadträtin die politische Position vertreten hat, was an und für sich bei der Gelegenheit der Budgetreden im ersten Teil wohl immer Sache des hohen Gemeinderates ist, aber ich habe mich nur darüber gewundert, wollte ich da hier einmal deponieren. Aber jetzt zurück zum eigentlichen Thema Lebensqualität. Das gemeinsame Ziel der Lebensqualitätsoptimierung und Zufriedenheitsmaximierung für die Grazer Bevölkerung ist Grundlage unseres Handlungsauftrages. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, um die berufliche und private Zufriedenheit zu fördern.

Zu meiner großen Freude ist ganz oben auf der Werteskala der Grazerinnen und Grazer mit 82% die Familie, nachzulesen vor wenigen Tagen in der Grazer Woche, die Studie hat das Grazer Meinungsforschungsinstitutes Brandstätter veröffentlicht. Im Übrigen die Werte, die dem folgen, sind Gesundheit mit 70%, Menschlichkeit mit 55%, Treue mit 48% und Lebensfreude mit 45%. Themen, die auch Spitzenpolitiker aller Couleurs bewegen, ich weiß nicht, wer gestern zu Mittag dem Radio Steiermark gelauscht hat, ein Spitzenpolitiker hat sich da ganz begeistert geäußert über seine Familie, über die Bedeutung von Partnerschaft, von Treue, von Zeit für einander, Zeit für die Kinder, das Thema hat offenbar kein parteipolitisches Mascherl, es war der Herr Landeshauptmann Voves, der sich da freundlich geäußert hat. Im Übrigen fällt auf bei dieser Studie, dass die Sehnsucht nach gelingenden Beziehungen sogar noch eklatant zugenommen hat. Es lohnt sich also, in das Gelingen von Beziehungen zu investieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass es tatsächlich gelingen kann. Es geht um familienunterstützende Maßnahmen wie Familienberatung, Elternbildung, vor allem auch im Bereich der Familiengründungsphase, ich denke hier insbesondere an wertvolle Dienste von Beratungsstellen wie der Schwangerenberatungsstelle der Caritas, psychosoziale Dienste, jugendwohlfahrtliche Unterstützung, Familienhelferinnen und bedarfsgerechte, leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen, die sind jedenfalls ein Gebot der Stunde. Ausgaben in diesem Bereich sind keine Budgetbelastung, Herr Stadtrat, sondern eine Zukunftsinvestition! Du hast da sicher Verständnis dafür, bist selber ein aktiver Vater, Familien zu unterstützen und vor allem auch in Kinderbetreuungseinrichtungen zu investieren. Alle Maßnahmen, die Familiengründungen und damit das Ja zu Kindern erleichtern, fördern die Balance der Generationen in unserer Stadt. Handeln statt Jammern ist hier angesagt. Ich möchte nicht in den Tenor der Jammerer fallen, wie zum Beispiel in der Kleinen Zeitung gestern, „Kein Lego, nur noch Kukident“ habt ihr vielleicht gelesen, ich freue mich, dass es in Graz heuer wieder einen positiven Trend gibt, mehr Kinder als im Vorjahr bisher geboren wurden und lauterer Kinderlachen in unserer Stadt erschallt.

Die Geborgenheit in der Familie ist in den ersten und letzten Lebensjahren von besonderer Bedeutung. So wie die meisten Kleinkinder werden auch über 80 % der pflegebedürftigen Angehörigen zuhause betreut. Die Stadt sorgt vorbildlich für familienergänzende Einrichtungen. Mobile Dienste seien hier angesprochen. Für

immer mehr Hochbetagte und Pflegebedürftige sind aber auch unsere Geriatrischen Gesundheitszentren, auf die wir sehr stolz sind, die erste Adresse. Der exzellenten Geschäftsführung ist hier ebenso zu danken wie den engagierten MitarbeiterInnen. Der Herr Finanzstadtrat wird sich freuen, dass die Geschäftsführung so sorgsam gewirtschaftet hat, dass immerhin 750.000 € eingespart werden konnten und wieder dem Budget zugute kommen!

Auch im Bereich der Kindergärten geht die Stadt Graz, liebe Frau Stadträtin, einen vorbildlichen Weg des Miteinanders. Das von unserer Fraktion eingebrachte und gemeinsam umgesetzte einheitliche, sozial gestaffelte Tarifmodell ermöglicht allen Eltern, aus dem erstklassigen Angebot an öffentlichen, privaten und kirchlichen Kindergärten die für ihr Kind am besten geeignete Einrichtung auszuwählen. Heiß umstritten, mittlerweile heiß geliebt, dieses Modell (*Applaus ÖVP*). Nur für unterdreijährige Kinder, für die Kleinsten und Schüler mit Nachmittagsbetreuungsbedarf gilt dieses Tarifmodell, da gilt es noch nachzubessern und zwar gilt das sozial gestaffelte Tarifmodell nur in den Kinderkrippen und in den Horten, nicht aber für Tagesmütter und für Nachmittagsangebote, die Vereine bereitstellen, obwohl dort die Gesamtkosten wesentlich geringer sind als bei den städtischen Angeboten, sind die Elternbeiträge höher, für die Eltern völlig unverständlich, dass es ein Glücksspiel ist, wo sie jetzt gerade einen Betreuungsplatz für ihr Kind ergattern und vor allem nach den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit überhaupt nicht einzusehen, dass von den Gesamtkosten her teurere Angebote für die Eltern plötzlich dann wesentlich günstiger sind.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Miedl kann das ändern. Für Nachmittagsbetreuung ist er zuständig.

GRin. **Potzinger:** Nur ein Beispiel, die Stadt investiert in einen Kinderkrippenplatz pro Kind und Jahr, für ein Kind 12.000, Euro, tausend Euro pro Kind und Monat für einen Krippenplatz, aber für einen Tagesmutterplatz nur 278 Euro pro Kind und Monat.

Frau Stadträtin, mir geht es um die Balance, es kann doch nicht sein, dass einerseits die Kinder in Krippen und deren Eltern privilegiert sind, höchstwertige Betreuung zum Sonderpreis angeboten wird, das ist gut so, aber auf der anderen Seite bei Tagesmüttern der Vollpreis zu zahlen ist, das führt nämlich dazu, dass bei Tagesmüttern Plätze frei sind, weil es sich die Eltern nicht leisten können und auf der anderen Seite beklagen wir, dass es gerade für die Altersgruppe der Unter-Drei-Jährigen noch zu wenig Plätze gibt. Aber, Frau Stadträtin, ein neues Jahr, neue Chancen, Eckwertbudgetierung bietet da den Freiraum gerade in diesem Bereich besonders zu investieren und ein klares Zeichen für die Wahlfreiheit der Eltern zu schaffen (*Applaus ÖVP*).

Zur Lebensqualität gehört die Freizeit und da hat Graz wirklich viel zu bieten. Allein von der Umgebung her, fast ein Viertel von Graz ist von Wald bedeckt, das wissen die wenigsten von uns und dieser Wald ist ein wunderbarer Lebensqualitätindikator für unsere Stadt. Wunderbar für Erholung, für Erlebnisse für Jung und Alt. Zusätzlich gibt es ein reichhaltiges Freizeitangebot, das von Vereinen bereitgestellt wird. Sportliche, musikalische Talente werden dort ebenso gefördert wie Gemeinschaftserlebnisse, fröhliches Beisammensein tut Leib und Seele gut, füreinander da sein, das Gefühl, gebraucht zu werden sich sinnvoll in der Freizeit auch für andere einzusetzen. Und die finanzielle Förderung dieser vielfältigen Angebote ist für die Stadt eine gute Geldanlage, Herr Stadtrat. Wo auch ehrenamtlich gearbeitet wird, ist im Übrigen der Euro mehr wert, gilt auch für dich, sehr geehrte, liebe Frau Jugend- und Familienstadträtin, denke da an die Jugendzentren, wo so viel ehrenamtlich gearbeitet wird, besonderes Beispiel Don Bosco, denen kann man ruhig ein bisschen mehr geben. Auch hier gilt wieder das Motto "Ins Gelingen investieren statt das Scheitern zu verwalten". Kinder werden in der Freizeit sinnvoll beschäftigt, das ist die beste Primärprävention in Bereich Alkohol, Drogen Gewalt, Aggression aber auch Depression. Auch dieses traurige Kapitel muss man ansprechen. Oder ich denke an die Initiativen meines jungen Kollegen Kurt Hohensinner, frisch gebackener Chef der Parteiljugend unserer Bürgermeisterfraktion betreffend eine freiwillige Feuerwehr, lieber Walter Ferk, das kriegen wir auch noch zusammen.

Hoher Gemeinderat, liebe Freundinnen und Freunde. Ich möchte nicht Privat und Staat gegeneinander ausspielen, ich bin für private und städtische Angebote und für die Wahrung der Vielfalt. Gilt vor allem auch im Bereich der Jugendwohlfahrt. Wenn unsere liebe Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl bei Kindergarten- und Krippeneröffnungen immer wieder betont hat, es sei so wichtig, „den Kindern Paläste zu bauen“, das klingt noch in meinem Ohr, so ist für uns unverständlich, dass dies für Kinder, die für mich die Ärmsten der Armen sind, nämlich emotional arm in erster Linie, die nämlich ihr Elternhaus, aus welchen Gründen, zumindest für eine zeitlang verloren haben, dass von diesen Kindern jedes zweite betroffene keinen Platz in der Stadt Graz hat. Hier ist wohl rasches Umdenken erforderlich - das neue Jahr bringt eine neue Chance, Frau Jugendstadträtin!

Die Integration von MigrantInnen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen ist uns als christlich-soziale Gesinnungsgemeinschaft ein besonderes Anliegen. Besonders erfreulich war in diesem Zusammenhang, und nun hört liebe Freunde, der gestrige Befund von Caritas-Präsident Franz Küberl bei der Fernsehpressesunde, ich habe sehr genau aufgepasst und mich riesig gefreut, dass er ausgerechnet die Stadt Graz gelobt und vor den Vorhang geholt hat. Und unseren Ausländerbeirat, danke Herr Bürgermeister, als österreichweites Vorbild für erfolgreiche Integration bezeichnet hat (*Applaus ÖVP*). Und ein Zweites, was die Schulen und die Lehrer betrifft, hier forderte Präsident Küberl alle Lehrer einmal vor den Vorhang zu holen, die da Unglaubliches leisten und gestatten Sie mir, auch eine Grazer Schule jetzt stellvertretend für andere vor den Vorhang zu holen, nämlich,...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: St. Peter?

GR. **Potzinger:** Nein, die Polytechnische Schule, eine Schule, die oft in der Öffentlichkeit in Misskredit gerät, in Wirklichkeit gibt es dort hochmotivierte Lehrer, die Besonderes leisten für besondere Kinder, für in- und ausländische Jugendliche ein umfangreiches Angebot an Vorbereitung und Einstieg ins Berufsleben schaffen

und auch bedarfsgerechte Schulversuche lanciert haben und jetzt umsetzen, ich denke an Poly-Basic für Kinder mit besonderen Defiziten und Nachholbedarf und Poly-Plus für besonders begabte Kinder, die weiterführende Schulen besuchen wollen. Auch hier zu investieren ist eine Chance für die Eckwertbudgetierung. Die lebensnahe gelebte Vielfalt an dieser Schule und Integration behinderter Kinder und interkulturellen Unterricht, das ist wahrlich vorbildlich. Es gibt an der Schule übrigens auch den Anreiz der Aktion "Ohne Fleiß kein Preis", einmal im Jahr lädt unser Herr Bürgermeister, Mag. Siegfried Nagl, die besten Schüler dieser Schule zu einem Empfang ins Rathaus. Nicht nur Maturantinnen und Maturanten werden geehrt, sondern auch die besten Schülerinnen und Schüler der Polytechnischen Schule. Herzlichen Dank, Herr Bürgermeister (*Applaus ÖVP*). Ein letztes Beispiel aus dem Bereich der Kleinsten, das ist der interkulturelle mehrsprachige Kindergarten in der Schützgasse. Ihr erinnert euch noch, vor einigen Jahren war er vor dem Zusperrren. Unsere ressortzuständige Stadträtin hatte damals kein Geld mehr in ihrem Budget für diesen Kindergarten und Siegfried Nagl ist im letzten Moment eingesprungen, hat den Kindergarten gerettet (*Applaus ÖVP*), mehrsprachig, interkulturell werden die Kinder auf eine gute Zukunft vorbereitet. Ich habe euch auch wieder etwas mitgebracht, so wie das letzte Mal das Megaphon-Büchlein vom multikulti-Kindergarten, eine kunterbunte Kocherei, Herr Bürgermeister, Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen, aus vielen Nationen Rezepte, die von den Müttern dieser Kinder gesammelt wurden und gemeinsam haben sie diese Kochkarten gemacht und dabei kam es auch zu vielfältigen Begegnungen und schönen Erlebnissen von Müttern und Vätern unserer bunten Kinder.

Last not least, ein Wort, nachdem wir kurz vor Weihnachten stehen, zur Bedeutung des Weihnachtsfestes, das hat auch mit Werten zu tun, da bedauert jetzt unser oberster Schulpsychologe, Dr. Zollneritsch, dass immer weniger Kinder und Jugendliche eigentlich wissen, worum es beim Weihnachtsfest geht. Ist das nur mehr das Mega-Konsumfest? Auch hier sage ich wieder, wir handeln, statt zu jammern. Ein Vorbild ist da unser Bezirksvorsteher Franz Schwarzl, der bastelt gerade mit seinen Enkelkindern Krippen (*Applaus ÖVP*), er schnitzt Krippen und der Reinerlös wird bedürftigen Familien zugute kommen.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Was hat das mit dem Budget zu tun?

GRin. **Potzinger**: Das hat damit sehr viel zu tun, (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), weil christlich-soziale Politik als Basis dieses Christuskind als gelebte Nächstenliebe hat und die Nächstenliebe ist unser Motiv für eine zukunftsgerichtete sozial ausgewogene, den Menschen Lebensfreude und mehr Menschlichkeit gebende Politik. In diesem Sinne darf ich mich auch dem Dank an alle Verantwortlichen anschließen, den die Vorredner schon ausgesprochen haben, darf Ihnen allen wünschen, dass das Lächeln des Christkindes sie motiviert, im kommenden Jahr gute Arbeit für die Stadt und für ihr eigenes Wohlbefinden zu leisten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), empfehle dringend die Annahme des Budgets und wünsche der Stadt Graz mit dem Budget 2006 eine gute Zukunft (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 12.30 Uhr den Vorsitz.

S P Ö

Gemeinderat Wilhelm K O L A R

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Bürgermeisterfraktion!

In meinem Budgetbeitrag wird es nicht so sehr machbar sein, vom Weihnachtsfeste bis zu den liebsten Kleinen diesen Bogen zu spannen und viele Sinnsprüche, die da hier gefallen sind letztendlich, aber ich habe wirklich sehr aufmerksam zugehört und es hat mir wirklich auch gut gefallen. Der Budgetentwurf 2006, meine Damen und Herren, zeigt, und in diesem Punkt teile ich die Meinung vieler meiner Vorrednerinnen und Vorredner, dass der Kurs stimmt: Wir sind auf einem guten Weg in der Stadt Graz, die Stadtfinanzen zu sanieren. Das ist im wWsentlichen ein Verdienst unseres Finanzstadtrates Wolfgang Riedler und dessen vorausschauender Finanzpolitik (*Applaus SPÖ*). Und diese Finanzpolitik ist logischerweise auch auf Nachhaltigkeit, und das sollte man ja nicht ganz unter den Tisch fallen lassen, bedacht. Voraussetzung ist natürlich, dass dieser Weg konsequent fortgesetzt und auch wirklich von allen mitgetragen wird.

Diese Verantwortung haben wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die zu Recht erwarten, dass – bei allen Einsparungsnotwendigkeiten – dass Sparen nicht zum Selbstzweck wird, sondern dass sich die Stadt für die Grazerinnen und Grazer – auch etwas leisten kann, meine Damen und Herren. Dies nicht im Gießkannenprinzip, sondern dort, wo allein die öffentliche Hand bereit ist, Rahmenbedingungen zu setzen: Ich denke etwa an den Sozialbereich, an die Kinderbetreuung, an die Seniorenpflege. Denn ganz grundsätzlich, meine Damen und Herren, geht es uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Stadt stets um den Vorrang der Grundsicherung, eben um eine „soziale Stadt Graz“ (*Applaus SPÖ*).

Und wir müssen diesen Kurs auch konsequent fortsetzen, weil wir eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Hause

haben, die, und ich darf Sie daran erinnern, meine Damen und Herren, ein so genanntes Personalpaket im Rahmen der Aufgabenkritik - in einer einzigartigen Weise mitgetragen haben und diesen Gesundungskurs letztendlich auch mitgestalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, auf eine Gehaltserhöhung für über ein halbes Jahr zu verzichten, nämlich bis August zu verzichten des Vorjahres, drei Jahre auf Erhöhungen von Nebengebühren und Zulagen zu verzichten, und das neben vielen anderen Punkten, ist ein Beispiel, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, von Solidarität der DienstnehmerInnen gegenüber dem Dienstgeber und dass zeigt auch von gelebter Sozialpartnerschaft von der Dienstnehmerseite her (*Applaus SPÖ*).

Apropos Aufgabenkritik, und das ist mir persönlich auch wichtig. Ich möchte auf das engagierte Bemühen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses und in diesem Zusammenhang auch ganz besonders als Engagement unserer Abteilungsvorständinnen und Abteilungsvorstände erinnern, die trotz vorgegebener Personaleinsparungen und ständigen Drucks zur Reduktion der zur Verfügung stehenden Mittel die Angebote und Leistungen für unsere Grazer Bürgerinnen und Bürger aufrecht erhalten haben und das zeigt auch von einem besonderen Einsatz und da darf ich jetzt alle um einen Applaus bitten, weil auch die Abteilungsvorstände hier ein wesentlicher Faktor sind in diesem Haus. Danke (*Applaus SPÖ*).

Aber meine Damen und Herren, eine solche Solidarität, das sage ich auch als Gewerkschafter, kann keine Einbahnstraße sein: Vice versa haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Recht, von der Politik Solidarität einzufordern. Einerseits in Form des Demokratiepaketes, das sich in Ausarbeitung befindet und das finanzielle Abstriche bei der Politik nach sich ziehen wird – ein Akt der Solidarität. Und andererseits wünsche ich mir auch ein Mehr an Solidarität, wenn es darum geht, ungerechtfertigte öffentliche Angriffe, die ja immer wieder stattfinden, gegen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzuwehren.

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Dass unser Budgetkurs stimmt, zeigt sich auch in den Investitionen für das kommende Jahr. Mit den Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr wie auch für die

Sanierung der Kinderbetreuungen werden wichtige Impulse gesetzt – sowohl in Hinblick auf Arbeitsplatzsicherung als auch in Hinblick auf die Schwerpunktsetzungen und darin erkennt man die sozialdemokratische Handschrift, die das Budget trägt. Dazu gehört auch, und das ist auch eine wesentliche Sache, die Wachkomastation im GGZ, wo wir in ganz Österreich nur zwei davon haben, eine in Wien und eine in Graz. Oder das Hospiz, eine richtungsweisende Einrichtung für den letzten Lebensabschnitt. Und natürlich auch der Neubau des Krankenhauses I.

Und was mich persönlich als Eggenberger natürlich besonders freut: Dass es endlich, nach jahrelanger Projekt- und Papierflut auch mit dem Bad Eggenberg ernst zu werden scheint.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Vielleicht gelingt es doch.

GR. **Kolar:** Ein Erfolg, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, den sich zwar viele auf ihre Fahnen heften möchten und auch werden, denke ich mir, der aber vorrangig auf unseren Bürgermeister-Stellvertreters Walter Ferk, der sich seit langem darum bemühte, zurückzuführen ist – und natürlich ein Erfolg unseres Finanzstadtrates Wolfgang Riedler, der, und man höre und staune, mit dem neuen Sportlandesrat Manfred Wegscheider eine gute Gesprächsbasis gefunden hat, wie die Zusage der Drittelfinanzierung für Eggenberg beweist.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Da fehlt eine Zeile in deinem Manuskript, Eisel-Eiselsberg und Rüscher waren auch dabei.

GR. **Kolar**: Das ist nicht Aufgabe für meine Budgetrede, sondern das ist letztendlich Aufgabe für dich, Herr Klubobmann, das ist ja wohl klar, logischerweise. Zum Schluss kommend, denn bis dato, das kann man nicht oft genug betonen, hat es für das Projekt Eggenberg zwar jede Menge vage Absichtserklärungen, Versprechungen gegeben, aber damit endlich eine konkrete Zusage auch seitens des Landes erfolgte, brauchte es eben, ganz offensichtlich, meine Damen und Herren, die Erneuerung im Land.

Und wenn dann auch noch im Herbst die Erneuerung auf Bundesebene erfolgt, ist mir um die Zukunft unserer Stadt überhaupt nicht bange (*Applaus SPÖ*).

K P Ö

Gemeinderat Johann S L A M A N I G

Meine geschätzten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Stadt Graz als Ballungsraum hat besondere Herausforderungen an den Verkehr. Das ist nichts Neues, wenn man sich der Verkehrsprobleme unseres Großraumes nähert, dass es scheinbar keine wirklichen Lösungen gibt, scheint in diesem Raum auch nicht neu zu sein. Es ist auch wirklich keine Neuigkeit, wenn wir hier immer wieder feststellen, dass uns die übergeordneten Körperschaften, sprich Land und Bund, mit unseren Problemen im Regen stehen lassen. Deshalb möchte ich eingangs die Bemühungen der Stadt Graz hervorheben, die Verkehrsprobleme der Stadt Schritt für Schritt zu lösen.

Die wurden heute schon des öfteren genannt, das ist der Vorrang des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs. Die Verlängerung der Straßenbahnlinien 5, 6, und 4, die Ausbaumaßnahmen an der Südbahnstrecke mit der ÖBB im Rahmen der Koralmbahn, die Attraktivierung der GVB-Linien mit modernen Fahrbetriebsmitteln, der Ausbau der Radwegverbindungen und Gehwegverbindungen, die Parkraumbewirtschaftung und die geplanten Park-&-Rideanlagen in unseren Bereichen.

Obwohl nun erhebliche Mittel der Stadt Graz Jahr für Jahr in die Erhaltung von Straßen gesteckt werden, kann man tatsächlich einige Mängel immer wieder feststellen. Es hat den Anschein, dass der Mitteleinsatz gegenüber den Erfordernissen einfach nicht gerecht wird. Das ist nun nicht einfach eine Kritik so ausgesprochen, sondern es zeigt sich, dass die Erhaltung der Straßen und Wege unserer Stadt große Sorgen bereitet.

Obwohl es große Bemühungen gibt, die Verkehrsprobleme zu lösen, scheint uns der motorisierte Verkehr nach wie vor zu überrollen. Wie widersprüchlich das Verhalten von Verkehrsteilnehmern ist, brauche ich hier nicht weiter auszuführen. Lärm und Abgasemissionen rechtfertigen schon längst Beschränkungen, aber vor allem sollten

angeordnete Vorschriften stärker überwacht werden. Tempo 30km/h in Wohngebieten wird nicht wirklich wirksam überwacht. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Zürich. Da stehen 600 Radarkästen, wie unlängst in einem Fernsehbericht dargestellt wurde und...

Zwischenruf GRin. Krampl: Ein völliger Überwachungsstaat.

GR. **Slamanig:** Völliger Überwachungsstaat, ja. Und die Bußgelder haben sich in 10 Jahren für die Stadt Zürich mehr als verfünffacht. Ein Kollege von mir hat die Erfahrung gemacht, dass er in Zürich auf 150 Meter Wegstrecke dreimal gestraft wurde.

Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist aber dann nicht besonders gescheit.

GR. **Slamanig:** Das scheint natürlich in unserem Land unmöglich, wenn man denkt, dass Gorbach und Schüssel eine Liberalisierung im Straßenraum dermaßen andenkten, dass sie sagen, also die Autos sind relativ sicher und schnell unterwegs...

Zwischenruf GRin. Krampl: Wer hat dir denn die Rede geschrieben, du armer Kerl.

GR. **Slamanig:** Ich mache mir meine Reden immer selber, so ist es, wir haben keinen Ghostwriter, ich mache mir meine Reden selber. Nachdem Gorbach und

Schüssel jetzt die Geschwindigkeit auf Autobahnen also teilweise auf 160 Stundenkilometer anheben wollen, ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass im städtischen Bereich Gesetze und Vorschriften im Straßenverkehr ständig gebrochen werden.

Die Grazer Stadt hat als einzig gangbaren Weg das Grazer integrierte Gesamtverkehrskonzept. Was kann an motorisiertem Verkehr noch vermieden und vermindert werden? Wichtig in diesem Zusammenhang sind vor allem Überlegungen an die Vernunft unserer Bewohner, ob in oder außerhalb von Graz. Die im Gemeinderat vertretenen Parteien sind sich über weite Strecken dieser großen Herausforderung einig. Parkraumbewirtschaftung in Verbindung mit dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist eine entscheidende Richtung, um die Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren.

Gerade dabei wird aber auch deutlich, dass es ohne Finanzierung dieser für unsere Stadt so wichtigen Projekte keine Lösung geben wird! In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals auf einen durch die Unternehmen zu leistenden Nahverkehrsbeitrag hinweisen. Die KPÖ fordert seit Jahren einen derartigen Beitrag. Ohne die Aufbringung dieser Mittel wird es keine wirksame Verkehrslösungen im Großraum Graz geben. Aber es drohen weitere Gefahren.

Wie unlängst bekannt wurde, plant das Verkehrsministerium, den öffentlichen Nahverkehr zur Gänze in die Verantwortung der Länder zu übertragen und ihnen auch Bau, Erhaltung und Betrieb des regionalen Schienennetzes aufzubürden. Die Mittel, die der Bund dafür bereitstellen will, sind schon jetzt unzureichend und sollen auf Basis des Jahres 2003 eingefroren werden. Die Landeshauptleute sollen unter hohem Zeitdruck dem Konzept der Verländerung knapper Mittel auf den morgen Mittwoch stattfindenden Landeshauptleute-Konferenz zustimmen, obwohl weitreichende negative Folgen damit verbunden sind, warnt Arbeiterkammerpräsident Herbert Tumpel: „Statt den öffentlichen Nahverkehr zu attraktivieren, will die Regierung die Mittel einfrieren und dazu noch den Ländern allein die Verantwortung aufbürden.“ Seit Jahren stellt der Bund zu wenig Geld für den Nahverkehr bereit, das Angebot wird immer dünner und die PendlerInnen bleiben auf der Strecke. Und nun will sich der Bund zahlreicher Nebenbahnen entledigen. Dazu kommt noch, dass künftig jedes Bundesland seine eigene Suppe

koacht: Jedes der neun Bundesländer mit einem eigenen Verkehrskonzept und die Koordination durch den Bund fehlt – das bedeutet das Aus für den österreichweiten Taktverkehr. Das Konzept des Verkehrsministeriums darf keinesfalls von Landeshauptleuten beschlossen werden, sondern muss radikal überarbeitet und die Finanzierungslücke dringend geschlossen werden, ansonsten sind weitere Tarifierhöhungen und Angebotsverschlechterungen für die Pendler zu befürchten.

Die Mittel des Bundes für den Nahverkehr sind viele zu knapp und werden von Jahr zu Jahr noch weiter gekürzt. Andererseits steigen die Ausgaben der Länder für den Nahverkehr überproportional an. Seit 2000 mussten die Pendler in der Ostregion bereits sechsmal tiefer ins Geldbörstel greifen, die Fahrkarten wurden bis zu 40 Prozent teurer.

Ein weiteres Problem ist folgendes: Derzeit plant die Bundesregierung die Regionalisierung von Nahverkehrsleistungen. Im Klartext heißt das, dass sich der Bund in einer weiteren entscheidenden Frage von seinen Verpflichtungen verabschieden will.

Das kann und darf wohl nicht wahr sein, dass ein weiterer wesentlicher Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge einer dubiosen Politik geopfert werden soll (*Applaus KPÖ*). Gleichzeitig haben sich die europäischen Verkehrsminister am 5. 12. 2005 geeinigt, die Liberalisierung des Personenverkehrs bis 2010 umzusetzen. Derzeit laufen alle Institutionen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, Sturm gegen diese Entscheidung der Verkehrsminister. Ich sage, es gibt nicht wirklich einen vernünftigen Grund für eine Liberalisierung und Regionalisierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen. Wer glaubt, der Markt regelt alles, sollte sich mit den Auswirkungen solcher Entscheidungen gleich auseinandersetzen (*Applaus KPÖ*).

Die hohen Sozial- und Qualitätsstandards können und dürfen nicht irgendwelchen Profitkriterien weichen. Das muss uns auch in der Stadt Graz ein wesentliches Anliegen sein. Ich möchte an dieser Stelle das Ansinnen der Bundesregierung auf Regionalisierung der Nahverkehrsleistungen auf das Schärfste zurückweisen. Vor allem die Überlegung, die Mittel dafür auf dem Niveau von 2003 einzufrieren. Das kann und darf nicht passieren. Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass Schritt für Schritt unsere eigenen Verkehrspläne umgesetzt werden (*Applaus KPÖ*).

GRÜNE

Gemeinderätin Sigi BINDER

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Grund genommen sollte ich jetzt eine Spezialrede halten und ich frage mich schon die ganze Zeit, eigentlich frage ich seit Freitag schon, wie ich denn meine Spezialrede aufbauen soll, wenn ich überhaupt keine Informationen habe außer den Informationen, die ich von der Stadträtin Kahr erhalten habe. Ich glaube, dass hier einfach ein anderes Design notwendig wäre, nämlich dass zuerst die Stadträtinnen und Stadträte ihre Programme darstellen sollen, darbieten sollen und dann zur Diskussion stellen sollen und nicht umgekehrt. So werde ich aber doch einige Dinge heute noch kundtun, die durchaus mit dem Budget und mit unserer Stadt zu tun haben, knüpfe an das an, was meine Kollegin Lisa Rücker in ihren Ausführungen gesagt hat, dass nicht so sehr nur die Ausgabenseite primär das Problem ist, sondern dass das Problem eigentlich die Einnahmenseite ist und ich denke mir immer wieder, zwischendurch ist es ganz gut, wenn man die Perspektive wechselt. Da fallen einem dann ganz andere Dinge auch ein dazu. Tatsache, das ist auch mehrmals heute schon betont worden, dass Budget und Steuerpolitik Gestaltungspolitik ist, dass sie Steuerungspolitik ist und wir merken das ja auch hier in der Stadt, aber dass die leeren Gemeindetöpfe, über die ja immer wieder geklagt wird, und auch beim letzten Städtetag sind hier sehr kritische Meldungen durchgeführt worden dazu, dass diese leeren Gemeindetöpfe natürlich ihre Ursachen haben und Stadträtin Kahr in ihrer Rede hat auch darauf hingewiesen. Selbstverständlich ist es so, dass wenn Kapitalbesteuerung, wenn Vermögensbesteuerung, wenn Umsatzbesteuerung immer weiter herabgesetzt werden, dass dem Staat natürlich viele Millionen abhanden kommen und unser Staat hat sich eigentlich längst von einer solidarischen Gemeinschaft, von einer solidarischen Politik, einem solidarischen Gemeinwesen verabschiedet, denn das, was dem Staat entgeht dadurch, dass in den letzten 20 Jahren enorme Steuersenkungen durchgeführt wurden und das ist in den letzten 20 Jahren passiert, da kann ich die SPÖ überhaupt nicht herausnehmen, dass zum Beispiel die

Unternehmensgewinne von 51 % auf 29 % gesenkt wurden, dass die Zinserträge von 47 auf 33 % gesenkt wurden und die Spitzensätze der Einkommensteuer von 52 auf 42 % gesenkt wurden, dass natürlich, diese Zahlen sind verbürgt, die habe nicht ich mir aus den Fingern gesaugt, auch wenn es einigen Herren nicht passt, dass das immer wieder auch angesprochen wird...

Zwischenruf GRin. Fürntrath: Anderen Damen auch.

GRin. **Binder:** Ja, einigen Damen auch, hätte mich eh gewundert, wenn es anders wäre, dass natürlich dieses Geld dann woanders hereingenommen werden muss, ist auch klar und da kann ich Ihnen sagen, dass der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen in Österreich von 10 % auf 30 % gestiegen ist. Für unseren lieben Herrn Bürgermeister habe ich mir dabei sogar ein Zitat aus dem Mathäus 25.29 herausgesucht, er ist nicht da, ich hoffe, er hört das Zitat...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir richten es ihm aus.

GRin. **Binder:** ...denn dieses Zitat heißt: „Denn wer hat, dem wird gegeben und er wird im Überfluss haben, wer aber nicht hat, dem wird auch noch genommen, was er hat.“ Schade, aber ich werde es dem Herrn Bürgermeister noch einmal ganz persönlich kundtun. Aber nicht nur, dass die Steuersätze von kapitalkräftigen Unternehmen herabgesetzt wurden, so ist Österreich mit anderen Ländern auch eine Steueroase. Steueroasen, wo kapitalkräftige Unternehmen ihre Gewinne ganz toll absetzen und parken können und dann gibt es noch ein anderes Phänomen, es gibt ja auch Großunternehmen bei uns in Österreich, die überhaupt keine Steuern zahlen, zum Beispiel Pexta, Pexta AG zahlt 0,0 Prozent Steuern oder IBM Österreich

internationale Büromaschinen null Prozent Steuern, Wien-Strom null Prozent, aber Römerquelle zahlt zum Beispiel 0,01 Prozent Steuern. Was will ich damit sagen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Kommunalsteuer zahlen alle.

GRin. **Binder:** Steuern habe ich gesagt, was will ich damit sagen, 40 %, Herr Kollege Klubobmann der ÖVP, horchen Sie mir zu, Sie können sich ja dann zu Wort melden, 40 % der Körperschaftspflichtigen Unternehmen in Österreich zahlten 2002 weniger als 10 % Körperschaftssteuer, obwohl damals die Körperschaftssteuer noch 34 % betrug, dann hat flugs der Grasser 2005 die Körperschaftssteuer auf 25 % reduziert, jetzt spricht der Grasser, der seine Lehrjahre in der FPÖ absolviert hat und sein Gesellenstück jetzt bei der ÖVP leistet, jetzt spricht er schon von einer Senkung auf 15 %, als...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Falsch.

GRin. **Binder:** Guter Zwischenruf, falsch, zwar nicht belegt, aber immerhin er hat was gesagt. Diese Art der Steuerpolitik ist nicht nur unfair und unsolidarisch der Bevölkerung gegenüber, sondern sie ist auch unsolidarisch den Klein- und Mittelbetrieben gegenüber, die all diese Schlupflöcher und Oasengeschichten usw. überhaupt nicht in Anspruch nehmen können. Ein Zitat...

Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist aus der Mao-Bibel heraus.

GRin. **Binder**: Ja, aber eure Fata morgana, die wird sich hoffentlich irgendwann einmal verflüchtigen und dann wird es vielleicht ein bisschen anders ausschauen. Das letzte Mal bei einer Veranstaltung im Kunsthaus war auch Hannes Androsch, Salzbaron, eine schillernde Figur, wie ich immer wieder lese, er hat dort gesagt, das gefällt mir irgendwie, das Kapital ist ein scheues Reh. Das muss man sich irgendwie auf der Zunge zergehen lassen, ein scheues Reh. Nur, er hat Recht insofern, als mit der EU tatsächlich natürlich der freie Kapitalverkehr Einzug gehalten hat, das Einzige, was nicht frei und immobil geblieben ist, ist die Arbeitskraft und die lässt sich....

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GRin. **Binder**: Wer meldet sich noch zu Wort?

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Der Bürgermeister.

GRin. **Binder**: Was hat denn das jetzt mit dem scheuen Reh und dem Kapital zu tun? Irgendwie verstehe ich jetzt Ihren Einwand nicht, aber ist auch wurscht. Was immobil geblieben ist, ist tatsächlich die Arbeitskraft und die Arbeitskraft, weil sie immobil geblieben ist, die kann natürlich der Finanzminister auch besteuern, denn flüchtiges und vagabundierendes Kapital lässt sich halt wirklich nicht besteuern. Ein letzter Punkt zum ersten Teil von Privatstiftungen...

Bgm.-Stv. **Ferk**: Am Wort bitte ist die Frau Gemeinderätin Binder.

GRin. **Binder:** Das ist sehr freundlich, Herr Vizebürgermeister. Von den Einheitswerten von Grundstücken will ich überhaupt nicht mehr reden, auch da gäbe es noch einiges dazu zu sagen, wie viel Geld da eigentlich den Menschen in Österreich, der Bevölkerung, abhanden gekommen ist, von Privatstiftungen, das werde ich heute auch nicht anziehen. Allerdings eines möchte ich schon noch sagen, wenn die Vermögens- und Gewinnsteuer in Österreich wenigstens auf EU-Niveau gehoben werden würde, würde das sieben Milliarden Euro pro Jahr einbringen, das wäre eine ganz erkleckliche Summe und diese Summe gut aufgeteilt, gerecht aufgeteilt, würde niemanden mehr veranlassen, Sozialleistungen zu kürzen.

Zwischenruf StR. Miedl: Es spricht die KPÖ.

GRin. **Binder:** Nein, eigentlich bin ich am Wort, aber wenn die KPÖ sich zu Wort melden möchte, dann muss sie das nachher tun, das sei ihr unbenommen, das kann ich schwer irgendwie beeinflussen. Was ich nun zu meinem Vorredner, dem Herrn Schönegger sagen möchte...

Zwischenruf GR. Schönegger: Ja, wäre fast eingeschlafen.

GRin. **Binder:** Herr Schönegger hat so manches gesagt, vieles habe ich schon wieder vergessen. Eines ist mir im Ohr geblieben, nämlich er hat gesagt, es gab einen Modernisierungsschub in den Schulen.

Zwischenruf GR. Schönegger: Wird, habe ich gesagt.

GRin. **Binder**: Ob wird, das würde mich sehr freuen. Denn Modernisierungsschub in den Schulen hat es nicht gegeben. Es gab eine Anhebung auf ein notwendiges Niveau, das ist richtig, also Renovierungen, Geräte, die notwendig sind, Möbel usw., aber was mir hier, was die Schule betrifft, ganz wichtig wäre: Es gibt viele Dinge, abgesehen von der guten Arbeit, die meine Kolleginnen und Kollegen hier in Graz in den Schulen leisten, gibt es viele Dinge, die ihnen das Leben enorm schwer machen. Zum Beispiel, dass ab dem heurigen Schuljahr Kinder mit besonderen Bedürfnissen, also das sind die Kinder, die in den sonderpädagogischen Sonderbedarf zugesprochen bekommen, dass pro Klasse damit überhaupt eine Integrationslehrerin mit voller Lehrverpflichtung zu einer Zweiten, zur Klassenlehrerin, dazugestellt und mit ihr zusammenarbeiten kann, müssen heuer mindestens sieben Kinder schon in einer Klasse sein. In einer Klasse, wo 26, 27 andere Kinder auch sind, dass diese Arbeit in einer großen Klasse mit einer derart hohen Zahl an Schüler und Schülerinnen, die ganz besondere Förderungen brauchen, kein Honiglecken ist, das können Sie sich wahrscheinlich schon vorstellen und da würde ich mir wünschen vom neuen Stadtrat Miedl, dass er hier auch einen sehr klaren und auch sehr konsequenten Blick auf das wirft. Denn die Stadt kann hier schon einiges auch tun, oder die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, wir wissen, dass das Stundenkontingent, das eigentlich für diese Kinder enorm notwendig wäre, damit sie die Förderung, die entsprechende Förderung bekommen, dass dieses Stundenkontingent in den letzten Jahren empfindlich gekürzt wurde vom Bund und Sie waren auch Nationalrat, Herr Stadtrat Miedl, jetzt sind Sie Stadtrat in Graz und ich würde mir sehr wünschen, dass Sie in dieser Hinsicht sehr konsequent auch Ihre Stellung einbringen, ich hoffe Ihre Stellungnahme geht in diese Richtung, die ich angedeutet habe, wir brauchen mehr Unterstützung, wir brauchen mehr Stundenkontingente, wir brauchen mehr LehrerInnen, die ausgebildeten gut qualifizierten LehrerInnen in unserer Stadt gibt es.

Zwischenruf GR. Schönegger: Wird schon werden.

GRin. **Binder**: Die Kollegin Maxie Uray-Frick hat in ihrer Rede schon angeschnitten, die Menschen mit funktionalen Analphabetismus, ja, das wird ein großes Problem, wir haben dem überhaupt noch nicht Rechnung getragen, es wäre enorm notwendig, einmal in Graz ganz genau einmal zu schauen und zu erheben, wie viel Menschen gibt es, um auch dann klar zu kriegen, was brauchen wir an Unterstützung, was brauchen wir an einem Konzept, um diesem funktionalen Analphabetismus auch entsprechend entgegenzutreten zu können, denn ich habe mich gefragt, was hat die Pisa-Studie, was ist denn daraus geworden aus der Pisa-Studie und meine Antwort ist: Nichts. Es hat sich nichts verändert, obwohl die Pisa-Studie wirklich uns viele, viele Hinweise gibt, woran es krankt. Und ich kann es weder auf der Bundesebene sehen, dass hier etwas ernst genommen wird, was aus einem internationalen Vergleich hervorgegangen ist. Ich kann es aber auch nicht auf der Stadtebene erkennen, wir haben Handlungsmöglichkeiten in der Stadt. Sie sind eingeschränkt, aber die Stadt ist Schulerhalterin und sie kann hier durchaus sehr aktiv werden. Die Aussage in der Pisa-Studie, dass die persönliche Biographie unserer Kinder und vor allem in Österreich immer noch ausschlaggebend dafür ist, welchen Zugang diese Kinder zur Bildung haben und zu Bildungschancen, das muss uns veranlassen, Schulen zu ermutigen, zu unterstützen, zu fördern, damit diese Kinder auch annähernd ähnliche Bildungschancen bekommen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Zu den Bibliotheken, weil das den Herrn Stadtrat Miedl vorher auch so erregt hat, aufgeregt hat, es ist uns eine Bibliotheksstudie vorgelegt worden, sie ist uns auch erklärt worden und in dieser Bibliotheksstudie sind zwei Alternativen angeboten. Jedenfalls geht aus dieser Bibliotheksstudie hervor, dass sich Graz die Stadtbibliotheken in diesem Umfang und in dieser Qualität nicht leisten kann. Die Alternativen, die angeboten werden, die sind für mich ein Kahlschlag, was die Bibliotheken betrifft, allerdings hat Stadtrat Miedl noch kein Konzept vorgelegt, er hat es versprochen im Jänner und er hat auch versprochen, dass er mit uns vorher das besprechen wird und auf das vertraue ich jetzt und werde keine Zuweisung in irgendeiner Form, was die Bibliotheken betrifft, tätigen. Wir dürfen aber auch eines nicht übersehen, sondern würdigen, dass über 6.000 Unterschriften bis jetzt gesammelt wurden, damit die Stadtbibliotheken nicht geschlossen werden. So hinwegsetzen dürfen wir, ich eh nicht, aber so hinwegsetzen, erwarte ich mir, dass Sie das nicht tun, sondern dass Sie das ernst nehmen.

Zweiter Punkt ist die Integration. Heute schon gelobt worden, der Herr Bürgermeister, weil er das Integrationsreferat installiert hat, das war ein mühevoller Prozess, ich glaube, da haben wir alle mitgearbeitet und es gebührt fast allen hier wirklich der Dank dafür, allerdings möchte ich hier auch meine Kritik ansetzen, der Gemeinderat hat beschlossen, dass das Integrationsreferat mit zwei gleichwertigen Personen, so steht es drinnen, mit zwei gleichwertigen Personen ausgestattet wird, besetzt wird. Von diesen zwei gleichwertigen Personen, ich habe schon einmal eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister diesbezüglich gestellt, von diesen zwei gleichwertigen Personen ist eine Frau, die Frau Köcksal, bereits betraut mit dem Aufbau des Integrationsreferates. Die zweite Person, ich weiß nicht, wann die kommt, wer das ist, der Herr Bürgermeister hüllt sich in Schweigen. Was mich bedenklich stimmt, ist, wie hier aber auch umgegangen wird mit Gemeinderatsbeschlüssen, das finde ich im höchsten Maße aufklärungswürdig. Wir brauchen ja sonst nichts mehr beschließen, wenn ein Beschluss dieses hohen Gremiums einfach nicht verwirklicht wird. Ebenso gab es sehr kritische Hinweise auf das zentral verwaltete Budget für das Integrationsreferat.

Mein letzter Punkt ist der Punkt Verkehr. Da kann ich mich ganz kurz halten, weil mein Kollege Slamanig sehr, sehr viele Dinge bereits gesagt hat. Aber auch hier möchte ich nur anschneiden, ich denke, es ist viel zu kurz gegriffen und viel zu wenig, wenn wir nur an Graz denken. Wir müssen in einem Zentralraum unsere Ideen entwickeln und da können wir nicht allein irgendein Konzept erarbeiten, sondern Zentralraum heißt, dass wir selbstverständlich auch mit den umliegenden Gemeinden, mit den Bürgermeistern, ich glaube Frau gibt es keine, also kann ich durchaus männlich bleiben, mit den Bürgermeistern so schnell wie möglich sprechen darüber. Aber es muss endlich auch der Schritt gesetzt werden und so schnell wie möglich umgesetzt werden, sonst bekommen wir das, was uns große Sorgen macht, was du schon angeschnitten hast, Sepp Slamanig, was den Feinstaub betrifft, die enorme Gesundheitsgefährdung betrifft, überhaupt nicht in den Griff. Die Stadtregionalbahn, das ist so ein ganz eigenes Kapitel, bei dem einen heißt sie City-S-Bahn, bei dem anderen heißt sie regionale Straßenbahn,...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Wichtig ist, dass sie kommt.

GRin. **Binder:** Das ist nicht so einfach, wie du das jetzt sagst, Herr Vizebürgermeister. Es ist nicht wichtig, dass sie gebaut ist, wichtig ist, was gebaut wird. Eine S-Bahn ist etwas anders als eine Stadt-Regional-Bahn und wenn jemand von einer regionalen Straßenbahn redet, dann möchte ich einmal wissen genau, was das ist. Das heißt, mein Appell an den Stadtrat Rüschi, immer wieder darauf hinzuweisen, dass das schon angegangen wird und dass man eben ein bisschen Geduld braucht und dass eh etwas weitergeht, das ist zu wenig, es ist tatsächlich zu wenig und ich denke mir, man sollte, wenn es nicht anders möglich ist, durchaus einmal Nachhilfeunterricht nehmen in Innsbruck, die das ja durchaus zustande gebracht haben. Also einmal zu schauen, welche Erfahrungen haben die, welche Schritte haben die gesetzt, damit für Innsbruck das möglich war, was wir in Graz auch brauchen. City-Maut wird nicht zu umgehen sein, auch wenn Sie glauben, dass das möglich sein wird, das wird nicht möglich sein und was ich mir in der Verkehrspolitik ganz dringend wünsche, ist, dass mehr auf Frauenbedürfnisse bedacht genommen wird, dass auch Frauen verstärkt in Verkehrsplanung und in Bauplanung eingebunden werden, weil das Verkehrs- oder Mobilitäts-, sagen wir nicht Verkehrs-, sondern Mobilitätsverhalten von Frauen ein wesentlich komplexeres, aber auch ein wesentlich umweltbewussteres ist. In diesem Sinne würde ich mir wünschen und erwarte ich mir auch einen ganz neuen Impuls von Stadtrat Rüschi. Ich danke (*Applaus Grüne*).